Nr. 141 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 5. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 08. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 30 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 11.35, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Das republikanische Heer

Das Bekenntnis des Chefs der Heeresleitung, Generals v. Seeckt, zur Verfassung im Namen der ihm unterstellten Führer der Reichswehrkommandos kommt zur rechten Zeit. In weiten Schichten der Bevölkerung ist die Furcht wachgerufen worden, daß gewaltsame Ueberraschungen von rechts oder von links bei den bevorstehenden Wahlen zu gewärtigen seien. Durch diese Ansprache wird vielen ein Stein vom Herzen genommen, denn die Erklärung des Generals von Seeckt, der beschworenen Verfassung die Treue zu halten, muß bei der noch immer ungeklärten innerpolitischen Lage wie eine befreiende Tat wirken. Man hat das unbedingte Gefühl, daß die hohen militärischen Stellen den ehrlichen Willen hegen, sich allen Machenschaften, die geeignet sind, die Gesundung unsres staatlichen Lebens aufzuhalten, mit Energie entgegenzustellen. — Welches Ergebnis die Wahlen auch haben mögen, und welche verfassungsrechtlichen Folgen sich daraus ergeben, die Reichswehr hat ihren festen Pol, den Reichspräsidenten, der ihr Verhalten bestimmt. Das republikanische Treugelöbnis ist augenblicklich aber auch noch von hohem Wert, weil dadurch einer unvernünftigen Agitation ein Ende gesetzt wird. Man wirft der Regierung nämlich vor, sie unterhöhle aus Gefälligkeit gegen die extrem gerichteten Arbeiterkreise die militärischen Einrichtungen des Staates durch eine übertriebene Demokratisierung. Die Aussprache aber zeigt, daß man gewillt ist, vor allem Disziplin und Manneszucht im neuen Heer aufrechtzuerhalten und dem Staat so eine tüchtige, brauchbare Stütze zu schaffen. Daß man trotzdem dem einzelnen im Heer größere persönliche Freiheit gewährt als früher ist in einer demokratischen Republik selbstverständlich.

Die wichtigen Erklärungen der Militärs vom 5. Juni werden voraussichtlich, wenn die Putschisten von rechts und links nicht von allen guten Geistern verlassen sind, eine vorbeugende Wirkung auf die politischen Heißsporne ausüben. Es ist besonders zu begrüßen, daß die Kundgebung zu einer Zeit kam, wo die Stellung und das Verbleiben der Regierung von dem Ausfall der bevorstehenden Wahlen abhängig ist, die auf eine gewisse Zeit hinaus das öffentliche Leben des Reiches beeinflussen werden. Das Bekenntnis der Generale zur republikanischen Verfassung bildet mit einen Grundstein des neuen Deutschland. Es gibt die Gewähr, daß Republik und Demokratie trotz aller Machenschaften die ruhenden Pole in der Erscheinungen Flucht bleiben werden. Damit ist ein Aktivum geschaffen worden, das sich als ein wertvoller reichserischer Faktor in die staatliche Bilanz wird einfügen lassen.

•

Die Generale in Berlin

Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die Aufgaben, die in nächster Zeit vielleicht gelöst werden müssen, hatte der Reichswehrminister Dr. Geßler am 3. Juni sämtliche Generale der Reichswehr aus allen deutschen Ländern zu einer gemeinsamen gründlichen Aussprache über alle schwebenden Fragen im Reichswehrministerium versammelt. Ausgehend von der Krankheit, die das deutsche Staats- und Wirtschaftsleben zur Zeit durchmachen müsse, und die der Reichswehrminister als eine Krisis des Vertrauens bezeichnete, betonte Dr. Geßler vor den versammelten Offizieren, daß der Kapp-Putsch wieder die Frage der Reichswehr in den Mittelpunkt aller Erörterungen gestellt habe. Der Minister führte dann weiter u. a. aus: „Innere Geschlossenheit und feste Fühlung zwischen Führern und Truppen sind das Hauptterforderinis. Die Führerfrage, und insbesondere die des Offizierkorps, zeigt sich von ausschlaggebender Bedeutung. Der größte Teil des Offizierkorps ist in den Anschauungen der früheren Staatsform erzogen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es gerade charaktervollen Männern schwerfallen wird, sich ohne inneren Kampf in neue Zeiten zu finden. Eins freilich muß beachtet werden: Es kann niemand ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit ist, unter allen Umständen seine dadurch gegenüber dem Staat übernommene Pflicht zu tun. Das müssen wir insbesondere von den jetzigen militärischen Führern verlangen.

Ich sehe meine Hauptaufgabe darin, eine Versöhnung zwischen oft weit auseinandergehenden Anschauungen herbeizuführen. Die endliche Stabilisierung unsrer staatlichen Verhältnisse erscheint mir gerade auch im Interesse der Reichswehr von besonderer Bedeutung. Immer und immer wieder ist mir bei meinen Besuchen der Truppen am stärksten in die Erscheinung getreten, das dort herrschende

Gefühl der wirtschaftlichen Unsicherheit.

Wollen wir in der Wehrmacht zu geordneten Verhältnissen gelangen, so müssen wir mit dieser Unsicherheit ein Ende machen. Sie ist aber für den einzelnen nicht behoben, ehe wir nicht wissen, daß wir 200 000 Mann Truppen behalten werden. Darüber soll nun in Spa endgültig entschieden werden. Damit es zu solchen Verhandlungen dort überhaupt kommt, ist eine Hauptbedingung aber die Erhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland. Gestern habe ich dem Herrn Reichskanzler die Frage vorgelegt, was geschieht, wenn nach den Wahlen zum Reichstag eine neue Regierung nicht zustande kommen sollte. Darauf ist mir zur Antwort geworden, unter allen Umständen wird eine verfassungsmäßige Regierung gebildet werden. Außerdem hat auf Grund der Verfassung die oberste Kommandogewalt über alle Truppen der Reichspräsident. Schon aus diesem Grunde also können aus der Frage der Regierungsbildung keinerlei Schwierigkeiten für die Reichswehrtruppen entstehen. Wer sich gegen die Befehlsgewalt des Reichspräsidenten wendet, verstößt unter allen Umständen gegen die Verfassung."

Der Reichspräsident benutzte diese Besprechung, um auch seinerseits die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage Deutschlands zu kennzeichnen und darauf hinzuweisen, daß nur die zusammenfassende Arbeit aller Volkskräfte auf dem Boden der Verfassung und Gesetze zu einer besseren Zukunft führen könne. Als Vertreter der versammelten Generale richtete der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der es u. a. heißt:

„Die obersten Führer der Reichswehr sind heute hier in Berlin versammelt, um in ernster Aussprache volle Einmütigkeit im Denken und Handeln zu erzielen. So begrüßen wir es dankbar, daß Sie, Herr Präsident, in unsrer Mitte erschienen sind, nachdem die Verfassung, die sich das deutsche Volk selbst neu gegeben hat, Sie an die Spitze seiner Wehrmacht stellte.

Das uns allen gemeinsame Ziel

ist klar: Es ist die Gesundung und die Wiedererstarkung unsres Vaterlandes, wozu in erster Linie Ordnung und Arbeit uns führen kann. Die junge neue Wehrmacht herstellen ist unsre Aufgabe. Manches ist erreicht, viel bleibt noch zu tun übrig. Wir bedürfen für unsre Arbeit das Vertrauen und das Verständnis weiter Kreise des gesamten Volkes, als dessen Vertretung uns die Regierung und an ihrer Spitze, Sie, Herr Präsident, gelten. Wenn wir um dieses Vertrauen bitten, geben wir dafür als Pfand die Versicherung unsrer entschlossenen Treue zu der beschworenen Verpflichtung auf Gesetz und Verfassung. Durch die härteste und höchste Schule der Soldaten, durch einen ehrenvoll durchgefochtenen Krieg hindurchgegangen, sind wir gewillt und bereit, dem neuen Heer die alte soldatische Schule einzupflanzen, den Geist, der alle Stände des Volkes verbindet: Vaterlandsliebe, damit Volk und Heer wieder eins werden."

Hierauf nahm

der Reichspräsident

das Wort: Er dankte zunächst dem General v. Seeckt für seine Worte und führte dann noch aus: „Eine unbedingt verfassungstreue, gut disziplinierte und von pflichtbewußten Offizieren geführte Truppe ist in Zeiten der Gärung und Entwicklung notwendiger denn je. Meine Herren, ich habe volles Verständnis für die jetzige schwere Lage des Offiziers. Mit dem Abbau des alten Heeres verschwindet sein Beruf, für den er eine Lebensarbeit eingesetzt hat, und der kleine Teil der Offiziere, der im neuen Heere steht, kommt in der langen Uebergangszeit nicht aus wirtschaftlicher Unsicherheit heraus. Soweit es möglich, haben wir dem mit fürsorgenden Maßnahmen entgegengewirkt. Ich erkenne auch dankbar an, was oft unter den schwierigsten Verhältnissen und Opfern die Reichswehr bisher für die Sicherheit und die Erhaltung des Vaterlandes geleistet hat. Im Innern ist die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung des Vaterlandes, ein Ziel, das uns allen gemeinsam ist, Ruhe und Ordnung. Wir erreichen diese ruhige Entwicklung nur dadurch, daß wir weiter unbedingt auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze stehen. Tragen Sie, meine Herren Generale, diesen über der persönlichen Anschauung des einzelnen stehenden Geist der verantwortlichen Arbeit am Ganzen in Ihren Befehlsbereichen überallhin."

Widerstand der Luftschiffbauer

* **Stuttgart**, 4. Juni. Die Abgabe der nach dem Friedensvertrag an die Entente auszuliefernden Zeppelin-Luftschiffe, die in den nächsten Wochen durchgeführt werden soll, stößt nach Meldungen aus Friedrichshafen auf Schwierigkeiten. Die Arbeiter des Luftschiffbaues Zeppelin und die Besatzung der „Delag", die sie fertigmachen bzw. die Ueberführung der Luftschiffe übernehmen sollen, weigerten sich, dies zu tun, weil sie durch die Maßnahme der Entente den deutschen Luftschiffbau und Luftschiffbetrieb bedroht sehen. Sie machen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Luftschiffe davon abhängig, daß die beiden Verkehrsluftschiffe „Bodensee" und „Nordstern" Deutschland belassen und keine Zerstörung der Werftanlagen verlangt wird, die den Bau von Luftschiffen auf lange Zeit hinaus lahmlegen würde.

Die Vorbereitung eines neuen Arbeitsgesetzbuches

Nach einer Meldung des „Vorwärts" ist der Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfes eines neuen Arbeitsgesetzbuches bereits Ende Mai unter der Leitung seines Vorsitzenden, des Ministerialdirektors Stefart, im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Die Arbeiten der von dem Gesamtausschuß gebildeten Unterausschüsse sind zum Teil ziemlich weit vorgeschritten. Zu Bearbeitung sind insbesondere die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes sowie mehrerer Sonderabschnitte des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Die vorerwähnten Gesetzentwürfe sollen vorher erledigt und später in das Gesamtwerk eingearbeitet werden. In Aussicht genommen ist ferner ein Gesetz über Arbeitsbehörden. Die jetzigen Beratungen hatten hauptsächlich die Erörterung der bisher vorliegenden Vorentwürfe, insbesondere eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsheimgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes, zum Gegenstand. Außerdem fand eine Aussprache darüber statt, wie die Fortführung der Arbeit zweckmäßig zu gestalten und so weit wie möglich zu fördern sei. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht, namentlich mit Rücksicht auf die von der Hauptversammlung des internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefaßten Beschlüsse erörtert. An der Besprechung des Tarifvertragsgesetzes nahmen auch Mitglieder des Tarifrechtsausschusses der Gesellschaft für soziale Reformen teil.

•

An Umfang und Bedeutung kommt dieses sozialpolitische Reformwerk den einschneidendsten Gesetzesvorlagen gleich, die das Reichsparlament seither beschäftigt haben, z. B. der Reichsversicherungsordnung. Und es ist ein Gradmesser dafür, welche hervorragende Rolle die sozialen Reformen unter den Aufgaben des neuen Reichstages spielen werden. Wie schon das kaiserliche Deutschland auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung vorbildlich in der Welt gewesen ist, so dürfte auch das republikanische Deutschland seinen Ruhm darin sehen und begründen, aller Welt voranzugehen in Werken der inneren völkischen Wohlfahrt. Zu wünschen ist aber, daß über die Fürsorge um die Interessen der Arbeiterschaft nicht der so schwer bedrängte Mittelstand vergessen wird. Zu seinen Gunsten ist bisher leider nicht viel geschehen. Und eben deshalb tut hier Eile not. Aber die bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt die Demokratische Partei, werden darauf zu dringen haben, daß die Gesetzgebung nicht vorübergeht an der Aufgabe des Schutzes dieser unentbehrlichen Bevölkerungsschicht.

Ein Antrag auf Revision

Basel, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach den „Basler Nachrichten" übermittelt Deutschland offiziell für die Konferenz in Spa den Antrag an die Alliierten auf Besprechung über die finanzielle Revision des Versailler Vertrages.

•

Italien will mehr

* **Lugano, 4. Juni. Im „Corriere della Sera" wendet sich der ehemalige Staatsminister Nitti mit aller Entschiedenheit gegen die Zuteilung von zehn Milliarden der deutschen Kriegsentschädigung an Italien, weil Italien nach Frankreich die größten materiellen und moralischen Kriegsopfer gebracht habe. Er bezeichnet eine Entschädigung von zehn Milliarden als lächerlich gering. Italien könne sie nicht annehmen.**

•

Vertagung der Wirtschaftskommission

B. **Berlin, 4. Juni.** (Eigener Drahtbericht.) **Die deutsch-französische Wirtschaftskommission in Paris hat sich nach ergebnislosem Verlauf der bisherigen Besprechungen auf unbestimmte Zeit vertagt. Ob die deutsche Delegation nach den Wahlen überhaupt nach Paris zurückkehren wird, erscheint fraglich.**

•

Zuckerbrot für das Rheinland

Paris, 4. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der „Intransigeant" schreibt: Die deutschen Wahlen werden am Sonntag stattfinden. Sie sind in ihrer Gesamtheit von hohem Interesse für Frankreich, weil Frankreich darin den Hinweis auf den guten oder bösen Willen Deutschlands sehen will. Diejenigen von den Rheinländern, die die maßgebende Meinung ihres Landes vertreten, werden mit Erstaunen sehen, daß Frankreich keine Aktion beabsichtigt. Dieses Erstaunen wird sich in Vertrauen verwandeln, und damit sich dieses Vertrauen befestigt, ist es nötig, daß man keine Unvorsichtigkeit seitens der französischen Regierung begeht, die von den Preußen und Pangermanisten zu einem Feldzug gegen die Franzosen ausgenutzt werden könnte. Die Rheinlandkommission hat sich unter Herrn Girardet sehr taktvoll und weise benommen. Die Rheinländer verdanken diesem Regime Ordnung und Sicherheit. Sie haben weder unter dem Kapp-Putsch noch unter den Zusammenstößen im Ruhrgebiet irgendwie zu leiden gehabt. Die Leute in Berlin werden aber versuchen, die Wahlen am Sonntag zu fälschen. Noch sind die Rheinländer es müde, das Spielzeug Preußens zu sein.

•

Französisches Flaggverbot

w. **Frankfurt a. M., 4. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Die französischen Behörden hatten im besetzten Gebiet verboten, am Fronleichnamstage schwarz-rot-goldene, schwarz-weiß-rote und schwarz-weiße Fahnen zu hissen.

•

Verbot der technischen Nothilfe

w. **Frankfurt a. M., 4. Juni.** (Eig. Drahtbericht.) Die technische Nothilfe Frankfurts hatte versucht, anläßlich eines Streiks in Mainz einzugreifen, wo die Kohlenarbeiter große Kohlentransporte verhinderten. Die Franzosen haben aber das Eingreifen verboten.

•

Opfer der Franzosen

Nach dem Ludwigshafener Polizeibericht geriet am Mittwoch nachmittag ein von französischen Soldaten gelenkter Kraftwagen, als er an einer Straßenecke auf den Bürgersteig hinauffuhr, in eine Gruppe spielender Kinder. Zwei Kinder wurden getötet und zwei weitere schwer verletzt. Auch ein Radfahrer, der ebenfalls von dem Kraftwagen erfaßt worden war, wurde schwer verwundet.

•

Wegen Beleidigung der Negertruppen!

Aus Landau wird gemeldet: Nach dem „Rheinpfälzer" waren der Redakteur Becker und der Geschäftsführer Baum vom „Rheinpfälzer", ferner der Verleger der „Gegenwart", Kater, in Denkuben wegen schwerer Beleidigung der französischen Armee, begangen durch einen Artikel über die farbigen französischen Truppen in dem besetzten Gebiet, angeklagt worden. Der Angeklagte Becker, der flüchtig ist, wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10000 M. Geldstrafe, Baum zu 10000 M. Geldstrafe und Kater zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

•

Deutschland zahlt ja

Auf eine Anfrage des gemäßigten Sozialisten Levasseur, welche Bezüge die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses erhielten, erklärte in der französischen Kammer der Minister des Auswärtigen, das französische Budget werde durch den Wiedergutmachungsausschuß mit keinem Centime belastet. Deutschland habe die Kosten zu tragen. Die Beratungen des Wiedergutmachungsausschusses seien geheim einschließlich der Frage über sein Personal. Die Summen, die Deutschland für den Betrieb des Wiedergutmachungsausschusses zahlen müsse, würden von der Summe, die es als Wiedergutmachung zahle, nicht abgezogen.

•

Ein neues Schiffsraum-Abkommen

Das Wolff-Bureau meldet: Wegen der nach dem Friedensvertrage ablieferungspflichtigen, aber noch im Bau befindlichen deutschen Handelsschiffe von insgesamt 326 000 Bruttoregistertonnen war im Vertrage die Frage offen geblieben, auf wessen Kosten diese Schiffe zwecks Ablieferung fertigzustellen sind. Nach Vereinbarung mit der deutschen Schiffahrtsdelegation in London werden diese Schiffe nunmehr auf deutsche Rechnung fertiggestellt. Die Alliierten erhalten von diesen fertigen Schiffen 225 000 Bruttoregistertonnen, Deutschland dagegen nur 100 000 und zeiten nur diejenigen, die zur Zeit den geringsten Fertigkeitsgrad aufweisen. Abgelehnt dagegen wurden die Anträge auf Ueberlassung von weiteren 45 000 Tonnen an Deutschland.

Innere und äußere Schwierigkeiten in Oesterreich

Von unserm kl.-Mitarbeiter

Wien, 1. Juni

Es ballen sich wieder allerlei Schwierigkeiten und Hemmnisse in der Lage Oesterreichs zusammen. Vorerst innere Schwierigkeiten. Die Koalition kracht in allen Fugen. Man kommt über den Widerstreit zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen nicht hinweg, weder in der Frage der Vermögensabgabe noch in der Verfassungsfrage. Bei der Vermögensabgabe beziehen sich die Differenzen hauptsächlich auf die Bewertung des landwirtschaftlichen Besitzes, der die Sozialdemokraten auf Grund einer Schätzung, die Christlichsozialen nach dem Ertrage berechnen wollen. Ein zweiter Zwiespalt besteht in der Frage, ob die Vermögen der Ehegatten zusammengelegt oder gesondert der Abgabe unterzogen werden sollen, ein dritter betrifft die Vermögensbewertung in den gewerblichen Betrieben. Dann kommen Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Termine der Ableistung der Abgabe beziehen, ob in zwei halbjährlichen Raten oder in Teilbeträgen innerhalb zwanzig Jahren.

Von den Schwierigkeiten in der Verfassungsfrage ist an dieser Stelle schon wiederholt berichtet worden; die Sozialdemokraten wollen eigentlich den Einheitsstaat, würden sich jedoch mit einem Bundesstaat schon zufrieden geben, wenn die Kompetenzen zugunsten der Bundesgewalt abgestreift würden, während die Christlichsozialen den reinen Föderalismus anstreben und dabei den Machtkreis der Länder so ausdehnen möchten, daß von dem des Zentrums nicht viel übrigbliebe.

Auch darüber wird gestritten, ob Verfassung oder Vermögensabgabe die Priorität der Verhandlung und Beschlußfassung in der Nationalversammlung haben soll. Die Christlichsozialen wollen zuerst die Verfassung mit einer weitausgreifenden Autonomie der Länder festlegen, weil diese das aus ihnen zu schöpfende Notopfer vornehmlich zu Landes- und nicht zu Staatszwecken verwenden möchten, während die Sozialdemokraten vor allem die Vermögensabgabe zu allgemeinen Zwecken sichern wollen, der Verfassung aber nur sekundäre Bedeutung zuerkennen, einzelne Führer dieser Partei sogar von einer „Ohnemacht der Verfassung" sprechen.

Zu diesen inneren Schwierigkeiten, deren Behebung beträchtliche grundsätzliche Opfer auf beiden Seiten erfordern würde — und es ist fraglich, ob die Geneigtheit hierzu in ausreichendem Maße besteht —, gesellt sich nun auch eine sehr unangenehme außenpolitische Verwicklung. Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß der Gang der Dinge in Ungarn nicht ohne jeden Einfluß bleiben kann auf die Verhältnisse in Oesterreich. In Ungarn wird offensichtlich die Wiederherstellung der Monarchie vorbereitet, und vom Verweser Horthy angefangen bis zum letzten Bierbankpolitiker macht niemand ein Hehl daraus, daß das Königtum die einzige in Ungarn gewünschte Staatsform ist. Neuerlich wird die Frage, wer König werden soll, von den derzeitigen Machtfaktoren noch zurückgestellt, aber unter vier Augen wird ganz offen zugegeben, daß niemand anders als der gekrönte und gesalbte König Karl gesetzlichen Anspruch auf den ungarischen Thron habe. Diese Tatsache veranlaßt Ungarn immer wieder, gewisse Stöße gegen Oesterreich, den schwächsten aller Nachfolgestaaten, zu führen, um auch hier den Restaurationsgedanken zu propagieren. Dazu kommt die Differenz wegen Westungarns, das die Verträge von St.-Germain und Neuilly Oesterreich zugesprochen haben. Gegen die Tschecho-Slowakei und Rumänien, die ja ungleich größere Gebiete des ehemaligen Ungarns erhielten, vorzugehen, fühlt sich Ungarn nicht stark genug, dort ist auch die Einverleibung bereits durchgeführt; Deutsch-Westungarn jedoch hängt noch immer sozusagen in der Luft, es von Oesterreich noch nicht in Besitz genommen, weil auf die Ratifikation des Friedensvertrages gewartet werden mußte.

Nun hat die Wiener Regierung Kenntnis erlangt, daß eine aus österreichischen Staatsangehörigen zusammengesetzte Legion in Ungarn formiert wird, um in Oesterreich einzubrechen, wozu die ungarische Regierung 10 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt haben soll. In Wien hat man in den letzten Tagen einen gewesenen Oberleutnant namens Honniga verhaftet, der wiederholt monarchistische Propagandareden öffentlich gehalten und ein Werbebureau zur Bildung einer österreichischen Legion für Ungarn hier errichtet hat. Das wird mit der aus 1000 Offizieren bestehenden Formation in Verbindung gebracht, die in Kala-Csertsza, in der Nähe der österreichischen Ostgrenze, mit Wissen und dem Gelde der ungarischen Regierung aufgestellt wurde. Da Ungarn selbst ein gut ausgerüstetes, kampfbereites Heer von 30 000 Mann besitzt, bedarf es dieser „österreichischen Legion" nicht, diese kann also nur den Zweck haben, mit einem Einbruch in Oesterreich monarchistische Restaurationszwecke zu verfolgen, eventuell gleichzeitig die Angliederung Deutsch-Westungarns an Oesterreich zu hintertreiben.

Die Note, die Staatskanzler Dr. Renner an Ungarn richtete, spricht sich über diese Einzelheiten nicht aus, verlangt aber eingehende Aufschlüsse über die Aufstellung der aus Oesterreichern gebildeten Offiziers-Legion in Kala-Csertsza und über die den Grenzübertritt der Angeworbenen fördernden Verfügungen der ungarischen Regierung. Es handelt sich aber wieder um einen Vorstoß Ungarns gegen die inneren Verhältnisse in Oesterreich, wie sie unter Bela Kun zur Propaganda der Sowjetidee gemacht wurden und jetzt unter Horthy zur Propaganda der monarchistischen Idee versucht werden. In Oesterreich aber braucht man Ruhe. Man hat hier genug innere Schwierigkeiten und will diese nicht noch mit äußeren Schwierigkeiten komplizieren lassen. Darum stimmt die ganze Presse (natürlich mit Ausnahme der „Reichspost") dem diplomatischen Schritte Renners zu.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedens von Neuilly

Man schreibt uns aus Wien vom 2. Juni: Am 4. d. M. wird die Zeremonie der Unterzeichnung des Friedensvertrages der Entente mit Ungarn vor sich gehen. In ganz Ungarn werden an diesem Tage Bittgottesdienste abgehalten, alle Glocken werden geläutet, die Geschäfte, Theater und Vergnügungslokale geschlossen sein. Alle Eisenbahn- und Tramwayzüge werden gleichzeitig zehn Minuten lang stille stehen. Beinahe hätte sich auch niemand von den „Honoratioren" gefunden, der den Vertrag unterzeichnet hätte. Graf Apponyi und die andern Mitglieder der Friedensdelegation haben bekanntlich auf ihr Amt verzichtet und es der Regierung überlassen, für die Zeremonie

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200605/1